

Landkreis Wesermarsch, Poggenburger Str. 15, 26919 Brake

An die Mitglieder des Gremiums
als Protokoll

allen übrigen Kreistagsmitgliedern
zur Kenntnisnahme

Auskunft erteilt: Ines Mannagottera
Zimmer.: 239
Telefon: 04401 – 927 326
04401 – 927 0 (Zentrale)
Telefax: 04401 – 927 339
E-Mail: ines.mannagottera@lkbra.de

Brake, den 17.05.2016

Protokoll

zur öffentlichen Sitzung mit anschließendem nicht öffentlichen Teil

Gremium		SoziA/18/2016
Ausschuss für Soziales und Gesundheit		
am Mittwoch, 11.05.16	Sitzungsdauer 16:30 bis 18:40 Uhr	Ort Kreishaus, großer Sitzungssaal, Poggenburger Straße 15, 26919 Brake

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Dr. Hans Schmid
Ahmet Akdogan
Karin Baxmann
Hans-Dieter Beck
Heidi Brunßen
Jens Harders
Günter Hespos
Dragos Pancescu
Daniel Stellmann
Angelika Zöllner

Ausschussvorsitzender
Ausschussmitglied
Ausschussmitglied
In Vertretung der Abg. Wiesensee
In Vertretung der Abg. Schinski
Ausschussmitglied
Ausschussmitglied
Ausschussmitglied
In Vertretung der Abg. Tiarks
Ausschussmitglied

Beratende Mitglieder (Grundmandat)

Walter Erfmann

Ausschussmitglied

Beratende Mitglieder

Ralf Bunten
Anja Marienfeld
Karin Schelling-Carstens

Vertr. Caritasverband
In Vertretung von Herrn Deyle (DRK)
Vertr. Diakonisches Werk Wesermarsch

Hermann Noelcke

Kreisbehindertenbeirat

von der Verwaltung

Angelika Fischer
Volker Blohm
Olaf Michels
Matthias Sturm
Daniel Ülsmann-Pohl

Leiterin Dezernat 3
Leiter FD 53 - Gesundheit
Stellv. FDL 50 - Soziales
FD 91 - Büro des Landrats, Protokollführung
Fachdienstleiter 50

Gäste

Thomas Bartsch
Jürgen Janssen
Danja Kirschberger

Fraktionsvorsitzender Die LINKE.
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne
Hospizhilfe Nordenham e. V.

Entschuldigt sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

MdL Horst Kortlang
Ursula Schinski
Hille Tiarks
Theresa Wiesensee

Ausschussmitglied
Ausschussmitglied
Ausschussmitglied
stellv. Ausschussvorsitzende

Beratende Mitglieder

Peter Deyle
Ingo Holtz
Manfred Krüger
Christine Sassen-Schreiber

Vertr. DRK
Vertr. Sozialverband VDK
Vertr. Sozialverband Deutschland
Vertr. Wohlfahrtsverbände

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Begrüßung und Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Beitritt zur Rahmenvereinbarung nach § 264 Abs. 1 SGB V (eGK für Asylbewerber)
Vorlage: 2016/FD50/036
- 6 Mehrgenerationenhaus Nordenham
Vorlage: 2016/FD50/037
- 7 Hospiz- und Palliativversorgung im Landkreis Wesermarsch
Vorlage: 2016/FD53/023

- 8 Krebsberatung
Vorlage: 2016/FD53/024
- 9 Verschiedenes

Öffentlicher Teil:

1	Begrüßung und Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
---	---

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

2	Feststellung der Tagesordnung
---	-------------------------------

Die Tagesordnung wird ohne Einwände festgestellt.

In einer kurzen persönlichen Mitteilung appelliert der Ausschussvorsitzende an die Mitglieder, sich zu Themen der Tagesordnung nicht im Vorfeld der Sitzungen in der Presse zu äußern, sondern zunächst die Diskussion im Ausschuss abzuwarten.

3	Genehmigung des Protokolls
---	----------------------------

Das Protokoll über die Sitzung vom 10.02.2016 wird in der vorliegenden Fassung einstimmig genehmigt.

4	Einwohnerfragestunde
---	----------------------

Es liegen keine mündlichen oder schriftlichen Einwohnerfragen zur Beantwortung vor.

5	Beitritt zur Rahmenvereinbarung nach § 264 Abs. 1 SGB V (eGK für Asylbewerber) Vorlage: 2016/FD50/036
---	--

Herr Ülsmann-Pohl erläutert anhand einer Präsentation (s. Anlage) die Rahmenbedingungen der zwischen dem Land Niedersachsen und den Krankenkassen ausgehandelten Rahmenvereinbarung sowie deren Auswirkungen auf die Betroffenen sowie den Landkreis. Die Verwaltung empfiehlt, der Rahmenvereinbarung zu den jetzt bestehenden Bedingungen nicht beizutreten. Die Einführung der eGK (elektronischen Gesundheitskarte) für Asylbewerber wird jedoch grundsätzlich von der Verwaltung begrüßt.

Der Abg. Pancescu bemängelt die nach seiner Ansicht zu einseitige Darstellung der Verwaltungsvorlage und verweist auf positive Erfahrungen mit der eGK im Land Bremen sowie die positiven Stellungnahmen der evangelischen Kirche und der Caritas. Auch die FDP-Kreistagsfraktion unterstütze die Einführung der eGK.

Nach intensiv geführter Diskussion wird deutlich, dass alle Fraktionen die grundsätzliche Einführung der eGK begrüßen, jedoch im Wesentlichen nicht zu den ausgehandelten Rahmenbedingungen.

Sowohl dem Refugium (Herr Ziegler, Gast) als auch dem Diakonischen Werk (Frau Schelling-Carstens) sind aus ihrer täglichen Praxis und im Umgang mit Asylbewerbern keine Schwierigkeiten mit dem bisherigen System der Ausgabe eines monatlichen Krankenscheins an die Betroffenen durch die Sozialämter vor Ort bekannt.

Die Verwaltung weist ergänzend darauf hin, dass durch die Einführung der eGK auch keine Personalkosten in der Kreisverwaltung eingespart würden und der wegfallende Aufwand für die Städte/Gemeinden eher gering sei. Der Leistungsumfang für die Hilfeempfänger_innen werde sich mit Einführung der eGK zudem nicht ändern.

Der Abg. Pancescu fordert dennoch vehement die Einführung der eGK zum jetzigen Zeitpunkt und verweist auf eine nach seiner Ansicht bestehende Diskriminierung der Hilfeempfänger_innen, die durch das monatliche Abholen eines Krankenscheins in den örtlichen Sozialämtern entstünde. Die Beseitigung dieser nach seiner Auffassung bestehenden Diskriminierung sei die im Raume stehenden Mehrkosten von 175 Tsd. Euro Wert.

Es wird mehrheitlich (7 dafür, 3 dagegen) dem Kreisausschuss vorgeschlagen:

Der Landkreis begrüßt grundsätzlich die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Asylbewerber.

Ein Beitritt zur Rahmenvereinbarung zur Übernahme der Gesundheitsversorgung für nicht Versicherungspflichtige nach § 264 Abs. 1 SGB V in Verbindung mit §§ 1, 1a Asylbewerberleistungsgesetz in Niedersachsen in der vorliegenden Fassung wird abgelehnt.

6	Mehrgenerationenhaus Nordenham Vorlage: 2016/FD50/037
----------	--

Herr Bunten informiert über die Arbeit des Mehrgenerationenhauses, erläutert die Antragstellung für Bundesmittel und stellt die geplante Gesamtfinanzierung vor.

Dem Kreisausschuss wird einstimmig vorgeschlagen:

Der Landkreis Wesermarsch erklärt seine Bereitschaft, sich - vorbehaltlich der Bereitstellung von Haushaltsmitteln durch den Haushaltsplan und der Sicherstellung der Gesamtfinanzierung des Projekts - in den Jahren 2017 bis 2020 mit jeweils 10.000,00 € an der Finanzierung des Mehrgenerationenhauses Nordenham zu beteiligen.

7	Hospiz- und Palliativversorgung im Landkreis Wesermarsch Vorlage: 2016/FD53/023
----------	--

Frau Kirschberger berichtet über die Arbeit der Hospizhilfe Nordenham e. V. mit zur Zeit 25 ehrenamtlichen Hospizbegleiter_innen und 3 Trauerbegleiter_innen. Nach wie vor sei man auf finanzielle Hilfe angewiesen.

Frau Schelling-Carstens berichte ihrerseits über die Mittelverwendung und über die aktuellen Angebote. Sie berichtet außerdem aus der Praxis der derzeit 42 ehrenamtlichen Mitarbeiter_innen bei ihren rd. 200 Einsätzen.

Die SAPV startete am 01.12.2015 mit einer Vollzeitkraft (bis zu deren Weggang im Februar 2016) mit durchschnittlich 9 Begleitungen, mehr als erwartet. Mittlerweile seien fast alle Pflegedienste

beteiligt. Die Ärztesituation sei gut, aber noch verbesserbar. Seelsorger und Physiotherapeut sollen noch folgen.

Ein stationäres Hospiz in der Wesermarsch sei derzeit nicht finanzierbar. Nach 1 Jahr sei ein weiterer Bericht vorgesehen.

Der Abg. Erfmann hätte sich eine Aussage der Verwaltung zum stationären Hospiz gewünscht. In Varel solle ein solches stationäres Hospiz (mit 8 Plätzen) entstehen.

Es besteht Einvernehmen, dass die Verwaltung Kontakt aufnimmt, um zu klären, ob auch Bewohner_innen der Wesermarsch dort aufgenommen werden könnten.

Die Sachstandsberichte werden zur Kenntnis genommen.

8	Krebsberatung Vorlage: 2016/FD53/024
----------	---

Herr Blohm berichtet von seinen Gesprächen mit der Caritas und dem Tumorzentrum.

Herr Bunten erläutert, dass die Caritas bis 2015 als Träger der Krebsberatung fungierte, aus vielfältigen Gründen (u. a. finanzielle) dies jedoch aufgeben musste. Ein Bedarf sei zwar nach wie vor vorhanden, es fehlte jedoch auch an geeignetem Personal. Man habe nun eine bereite psychoonkologische Beratungskraft gefunden, mit der man einen Anstellungsvertrag abschließen wolle. Die Beratungsstellen Oldenburg und Brake würden kooperieren, geplant sei, die Beratung in Brake anzusiedeln. Als Träger könne die Caritas fungieren.

Die Abg. Zöllner äußert die Vermutung, dass sich ggf. eine separate Krebsberatung erübrigt habe durch die nahezu perfekte Vernetzung der beteiligten Einrichtungen.

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

9	Verschiedenes
----------	---------------

Fragen des Abg. Bartsch zu einer möglichen gesundheitlichen Gefährdung der Bevölkerung bei den stattgefundenen geheimen atomrechtlichen Transporten können nicht beantwortet werden, weil hierzu die erforderliche Datengrundlage und daher medizinisch fundierte Aussagen dazu fehlen, bei welcher Strahlenbelastung welche gesundheitlichen Folgen eintreten.

Dr. Schmid
Ausschussvorsitz

Sturm
Protokollführung